

Christine Godt

Eigentum an Information

Patentschutz und allgemeine Eigentumstheorie
am Beispiel genetischer Information

Mohr Siebeck

Christine Godt, geboren 1964; Studium der Rechtswissenschaft in Tübingen, Berlin und Washington D.C.; 1995 Promotion; 2005 Habilitation; Privatdozentin an der Universität Bremen.

Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht

herausgegeben von

Peter Herrmann, Diethelm Klippel,
Ansgar Ohly und Olaf Sosnitza

9

ISBN 978-3-16-149010-1

ISSN 1860-7306 (Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2007 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.



Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist am Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP) entstanden und wurde vom rechtswissenschaftlichen Fachbereich der Universität Bremen im Sommersemester 2005 als Habilitationsschrift angenommen. Zur Drucklegung dieses Buches wurde die Schrift punktuell bis Juni 2006 aktualisiert und überarbeitet.

Diese Arbeit wäre ohne die Unterstützung von vielen Seiten nicht entstanden. Mein Dank gilt zuvörderst Prof. Dr. Gert Brüggemeier, Universität Bremen. Er hat mich 1997 als Direktor des ZERP zurück an die Universität Bremen geholt, mir alle Freiheit bei der Wahl des Themas gelassen und mich in vielen Lebenslagen mit Vertrauen und Förderung unterstützt. Schließlich hat er sich der Mühe des Gutachtens unterzogen, sich leichtfüßig in ein für ihn nicht unmittelbar vertrautes Rechtsgebiet vertieft. Ein großes Glück für mich war es, dass ich Prof. Dr. Hanns Ullrich, Europäisches Hochschulinstitut Florenz, zur fachlichen Begleitung und Begutachtung habe gewinnen können. Ihm verdanke ich nicht nur wertvolle Anregungen. Sein Querdenken über gewerblichen Rechtsschutz und Wettbewerbsrecht hat mich ermuntert, neue Wege des Nachdenkens über das Recht des Geistigen Eigentums zu beschreiten. Ihm gilt dafür mein herzlicher Dank. Einen besonderen Dank schulde ich Prof. William Cornish, Universität Cambridge, der nicht nur bereitwillig und zügig das Dritgutachten erstellt hat. Aus seiner Würdigung habe ich viel Kraft schöpfen können, die in dieser Arbeit erkundeten Gedankenwege gegen Kritik zu verteidigen und durch weitere Forschungen auszubauen.

Prof. Dr. Josef Falke danke ich für kollegiale Unterstützung während meiner gesamten Bremer Zeit. Wie niemand anders verbindet er akademische Freiheit mit persönlicher Verpflichtung. Seiner Förderung verdanke die Arbeit ihre zeitliche Fertigstellung im Dezember 2004. Zudem hat sie in vielfältiger Weise von unserer Zusammenarbeit in dem gemeinsamen Forschungsprojekt „Welthandel und Sozialregulierung“ im Rahmen des Sonderforschungsbereichs (SFB) „Staatlichkeit im Wandel“ profitiert. Die Kapitel zum Umweltrecht und zum Internationalen Wirtschaftsrecht sahen ohne den Gedankenaustausch im SFB anders aus. Der Deutschen Forschungsgemeinschaft gebührt insoweit Dank für die institutionelle Unterstützung.

Für Rückenstütze, Korrekturlesen und vielfältige Diskussionen danke ich Dr. Ingrid Schneider, Dr. Michael Schröter und Dr. Stefan Hauser. Wertvolle Anre-

gungen hat die Arbeit darüber hinaus von Henk van den Belt, PhD, Universität Wageningen, NL, und Jack Spiegel, National Institutes of Health, Washington DC, USA, erfahren. Ohne die treue Unterstützung von Bertina Hennig als studentischer Hilfskraft am Institut hätte ich auf der Zielgeraden wohl aufgegeben. Sie stand mir engagiert zur Seite – von der Literaturrecherche über die Fertigstellung des Manuskripts bis hin zur Drucklegung. Dafür bin ich ihr zu tiefem Dank verpflichtet. Für die computertechnische und verlagsfachliche Unterstützung sowie ihren persönlichen Einsatz bei der Erstellung des Manuskripts danke ich Antje Kautz.

Der Vereinigung für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht, und ihrem Generalsekretär Dr. Michael Loschelder, danke ich für die großzügige finanzielle Unterstützung für die Drucklegung. Dem Herausgebergremium der Schriftenreihe „Geistiges Eigentum und Wettbewerbsrecht“, insbesondere Prof. Dr. Ansgar Ohly, danke ich für die Aufnahme des Buches in die Reihe. Dem Mohr Siebeck Verlag, und insbesondere Dr. Franz-Peter Gillig, sei gedankt für die kompetente Drucklegung.

Meinem Mann Dr. Stefan Hauser und unserem Sohn Robert danke ich für ihre Nachsicht für die vielen Belastungen, die die Erstellung eines solchen Buches mit sich bringt. Vor allem danke ich beiden für die mir geschenkte Lebensfreude – deshalb ist ihnen dieses Buch gewidmet.

Bremen, im Juni 2006

Christine Godt

Inhaltsübersicht

Abkürzungen	XXXXIII
<i>Kapitel 1: Einleitung</i>	1
A. Einführung in die Fragestellung	1
B. Information und „Erfindung“	2
C. Die patentrechtliche Herausforderung	4
D. Biotechnologie und Patentschutz im Besonderen	9
E. Neuorientierung	11
F. Eingrenzung und Gang der Untersuchung	12
<i>Kapitel 2: Grundlegung – Das Patentrecht biotechnologischer Erfindungen</i>	15
A. Die Struktur des Patentrechts	16
B. Der Grundtatbestand der Patentierbarkeit	24
C. Der Schutzzumfang	93
D. Gegenrechte und Durchsetzungshindernisse	122
E. Analyse	131
<i>Kapitel 3: Patentschutz in Wissenschaft und Forschung</i>	137
A. Einführung	137
B. Die Genese moderner Forschungs- und Technologiepolitik	146
C. Die Praxis: Patentschutz in der Forschungspolitik – Beispiel Biotechnologie	175
D. Die Funktionalität klassischer Forschungsnormen in der modernen Wissenschaftsgesellschaft	238
E. Zusammenfassung: Transformation der Informations-Güterordnung	260
<i>Kapitel 4: Geistiges Eigentumsrecht und genetische Ressourcen – Der Rechtsrahmen für den Austausch genetischer Information und traditionellen Wissens</i>	263
A. Einführung	263
B. Genese der modernen Güterordnung genetischer Ressourcen und traditionellen Wissens	270

C. Geistiges Eigentumsrecht als Instrument zur Erreichung der CBD-Ziele?	305
D. Das Vertragsrecht der Bioprospektion	361
E. Zusammenfassung: Transformationen der Güterordnung an genetischen Ressourcen	373

Kapitel 5: TRIPS und post-TRIPS: Patentschutz für den Nord-Süd-

Technologietransfer	381
A. Einleitung	381
B. Rechtswandel in historischer Perspektive	383
C. Funktionswandel	401
D. Drei Beispiele regulativen Nord-Süd-Technologietransfers	419
E. Zusammenfassung: Transformation des internationalen Patentschutzes	446

Kapitel 6: Theorie des Eigentums an Information

A. Einleitung	447
B. Kommodifizierung und Freihaltebedürfnis	458
C. Patentrechtstheorie	505
D. Dogmatische Konsequenzen der theoretischen Neukonzeption	573

Kapitel 7: Ergebnisse

Literaturverzeichnis	661
Stichwortverzeichnis	713

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	XXXXIII
Kapitel 1: Einleitung	1
A. Einführung in die Fragestellung	1
B. Information und „Erfindung“	2
C. Die patentrechtliche Herausforderung	4
D. Biotechnologie und Patentschutz im Besonderen	9
E. Neuorientierung	11
F. Eingrenzung und Gang der Untersuchung	12
Kapitel 2: Grundlegung – Das Patentrecht biotechnologischer Erfindungen	15
A. Die Struktur des Patentrechts	16
I. Die Rechtsmaterien	16
II. Die europäische Biopatent-Richtlinie 98/44/EG	19
III. Fragwürdige „Übernahme“ der EG-Biopatentrichtlinie ins EPÜ	22
B. Der Grundtatbestand der Patentierbarkeit	24
I. Die Erfindung	25
1. Entdeckungen (§1 Abs. 2 Nr. 1 dt. PatG)	25
2. Gedankenregeln (§1 Abs. 2 Nr. 3 dt. PatG, Art. 52 Abs. 2c EPÜ)	27
3. Erfinden von Lebendigem	30
a) Einführung	30
b) Rechtliche Entwicklung	30
c) Historischer Fokus: Beschreibbarkeit und Vermehrungsfähigkeit	32
d) Biopatentrichtlinie 98/44/EG und §1a dt. PatG (Novelle 2005)	33
e) Fazit	34
4. Zwischenergebnis	34
II. Neuheit (<i>Obviousness</i>)	35
1. Grundlagen	35

a) Identität der Idee	35
b) Neuheitsschädliche Veröffentlichung (<i>Grace Period</i>)	36
c) Naturstoff-Rechtsprechung	37
2. Herausforderungen der Biotechnologie	39
a) Die EST-Problematik	39
b) Neuheitszerstörung einer Teilsequenz durch vorveröffentlichte Langsequenz	41
c) Traditionelles Wissen	41
aa) Medizinisches Heilwissen	42
bb) Traditionelle Landsorten	43
3. Fazit	43
III. Erfindersche Tätigkeit (Erfindungshöhe, <i>inventive step</i> , <i>non-obviousness</i>)	43
1. Grundlagen	43
2. Besonderheiten der Biotechnologie	44
3. Fazit	45
IV. Die Zuordnung: Erfinder, Miterfinder, Finanziers, Arbeitgeber und Auftraggeber	46
1. Einführung in die moderne Fragestellung	46
2. Miterfinder durch Forschungsk Kooperation	48
3. Miterfinder durch Auftragserteilung?	49
a) Unternehmerische Auftragsforschung	49
b) <i>Public interest</i> – Auftragsforschung	50
4. Ethnobotanisches Wissen – Medizinnänner und Bauern als Miterfinder?	51
5. Forscher und Patient	52
6. Ergebnis	52
V. Gewerbliche Anwendbarkeit (<i>Utility</i>)	53
1. Einführung	53
2. Problemfälle der Biotechnologie	53
a) C-DNA, ESTs	53
b) SNPs	54
c) Sequenz-Homologie	55
3. Europäische RL 98/44/EG und PTO <i>Utility</i> -Guidelines	56
4. Fazit	58
VI. Beschreibung, Offenbarung (<i>Written Description</i> , <i>Claim Definiteness</i> , <i>Enablement</i>)	58
1. Einführung	58
2. Problemfälle Biotechnologie	63
a) Ausstreifen auf das Vollängen-Gen	63
b) Überlappungen	61
c) Sequenzvariationen und funktionale Analogien	61

d) Ausstreifen auf alle Gattungen	62
e) Angaben zu Bezugsquellen, Herkunftsland und Vorteilsausgleich (<i>Benefit Sharing</i>)	63
3. Fazit	63
4. Zwischenergebnis	64
VII. Der Ausschlussbestand	65
1. Pflanzensorten und Tierarten, Art. 53b EPÜ, §2a dt. PatG (bis 2005 §2 Nr. 2 dt. PatG)	65
a) Historische Entwicklung	65
b) Exkurs: Sortenschutz	68
c) Bewertung der <i>Novartis</i> -Entscheidung	70
2. Abschluss biologischer Verfahren, Art. 53b EPÜ, §2a Abs. 1 i.Vm. Abs. 2 Nr. 2 dt. PatG (bis 2005 §2 Nr. 2 dt. PatG)	72
3. Verstoß gegen die öffentliche Ordnung (<i>Ordre Public</i>), Art. 53 a EPÜ, §2 dt. PatG	73
a) Überblick	73
b) Inhaltsbestimmung der <i>Ordre Public</i> -Klausel in Art. 53 a EPÜ	77
c) Menschenwürde	80
d) Verorechte Dritter	85
e) Tierpatentierung	86
f) Pflanzenpatentierung	88
g) EST-Patentierung	89
h) Fazit zum <i>Ordre Public</i>	91
VIII. Zwischenergebnis: Grundatbestand der Patentierbarkeit	91
1. Floating	91
2. Prinzipien des Patentschutzes	92
3. Gegenbewegung	93
C. Der Schutzzumfang	93
1. Renaissance der Umfangsdebatte	94
2. Herausforderungen der Biotechnologie	94
1. Grundsätze des Schutzzumfangs	95
1. Anspruchsauslegung	97
2. Patentrechtliche Abhängigkeit	98
a) Grundlagen	98
b) Abhängigkeiten in der Biotechnologie	100
c) Abhängigkeitsminimierende und -erhöhende Regelungen der RL 98/44/EG	101
d) „Umgekehrte Äquivalenz“	102
e) Derivate und abgeleitete Sorten	103
f) Fazit	104

3. Äquivalenzlehre	105
a) Grundlagen	105
b) Grenzen der Äquivalenz I	105
c) Grenzen der Äquivalenz II: <i>Reverse Doctrine of Equivalents</i>	107
d) Fazit	107
4. Absoluter Stoffschutz	107
a) Grundlagen	107
b) Erst- und Zweindikation	111
c) RL 98/44/EG: funktionsbezogene Umfangsbeschränkung	112
d) Fazit	114
5. Erschöpfungsgrundsatz	115
a) Grundlagen	115
b) Probleme der Nichterschöpfung und die Antworten der RL 98/44/EG	115
aa) Horizontale Fortwirkung	115
bb) Vertikale Fortwirkung	116
cc) Informationsqualität	117
c) Fazit	118
6. Schutzrechtserstreckung (Art. 64 Abs. 2 EPÜ/ §9 Nr.3 dt. PatG)	118
a) Grundlagen	118
b) Besonderheiten biotechnologischer Erfindungen	119
7. Schutzrechtsausweitung durch internationales Recht	120
8. Staatliche Schutzrechtsbeschränkungen	121
III. Fazit in Bezug auf Schutzzumfang	122
D. Gegenseitige und Durchsetzungshindernisse	122
I. Einreden	122
1. Vorbenutzung, §12 dt. Patengesetz	122
a) Grundsätze	122
b) Probleme biotechnologischer Patente	123
aa) Traditionelles Wissen	123
bb) Einrede der Person mit der DNA-Sequenz, auf der das Patent basiert	124
c) Fazit	124
2. Bauern- (und Züchter-)rechte	125
3. Versuchsprivileg und Forschungsfreiheit	126
a) Grundlagen	126
b) Patentgemäßer Gebrauch in der Forschung	127
c) Lizenzierung	128
d) Parentrechtliche Abhängigkeit in der Forschung	128

e) Fazit	128
4. Zwangslizenzen	129
5. Zwischenergebnis: Gegenseitige	130
II. Weitere Durchsetzungshindernisse	130
1. Einwendung der Wettbewerbswidrigkeit: §§1, 3 UWG, §12 GWB	130
E. Analyse	131
I. Erweiterung	131
1. Erfindungsbegriff	131
2. Floating	132
3. Auslegungsgrundsätze	133
4. Information	133
5. Internationales Recht	133
6. Investitionsschutz	134
7. Fazit	134
II. Begrenzungen	134
III. Bewertung und Ausblick	135
<i>Kapitel 3: Patentschutz in Wissenschaft und Forschung</i>	137
A. Einführung	137
I. Patentschutz und Forschung	137
II. Paradigmenwechsel in der Grundlagenforschung	140
III. Transformation des Patentschutzes	146
B. Die Genese moderner Forschungs- und Technologiepolitik	146
I. Die Anfänge: Industrie- als Technologiepolitik	146
II. Die Neuzeit: Trennung von Forschungs- und Technologiepolitik	147
1. Das Entstehen „wissenschaftlicher Normen“	148
2. Öffentliche Finanzierung	150
3. Trennung von Grundlagenforschung und angewandter Forschung	151
4. Begründung der Eigengesetzlichkeit von Forschung	155
a) Ökonomische Theorie	155
b) Gesellschaftstheorie	156
c) Grundrechtstheorie	158
d) Systemtheorie	158
e) Stellungnahme	159
5. Abgrenzungskriterien und Politikzuschiebung	159
III. Die Moderne: Forschungs- als Industriepolitik	160
1. Konvergenz	160

2 Instrumente moderner Technologiepolitik	163
a) Überblick	163
b) Patentrecht im Besonderen	165
aa) Wegfall öffentlicher Bindung – die Exklusivlizenz	165
bb) Erhöhung der Zahl von Patentanmeldungen aus der Forschung	166
(1) Das Vorbild	166
(2) Das (alte) Hochschullehrerprivileg	168
(3) Die Regelungsnovelle 2002	169
(4) Grundrechtskonforme Ausgestaltung der Meldepflicht	169
cc) Bewertung der bundespolitischen Patentoffensive	170
3. Neue Probleme und Wandel	172
a) Öffentliche Forschung	172
b) Patentrecht	174
c) Technologiepolitik	174
C. Die Praxis: Patentschutz in der Forschungspolitik – Beispiel Biotechnologie	175
I. Forschungspatente: Genese und Rechtsrahmen	175
1. Der historische Auftrakt: ESTs und SNPs	175
2. Das Recht der Forschungspatentierung	180
a) Die historische Ausgangsfrage: „Sind ESTs und SNPs patentierbar“?	180
b) Was ist eine „Funktion“?	181
c) Das Eisenberg'sche Theorem des „Forschungsinstrumentes“	183
aa) Die Heuristik des Begriffs Forschungsinstrument (<i>Research Tool</i>)	183
bb) Vom „Forschungsprivileg“ zum Forschungsinstrument	185
cc) <i>Reach Through</i> als Problem der Forschung	186
(1) <i>Reach Through</i> beim Einwerben von Forschungsinstrumenten	186
(2) <i>Reach Through</i> bei patentrechtlicher Abhängigkeit	187
(3) <i>Reach Through</i> in der Forschung als volkswirtschaftliches Problem	187
(4) Differenzierung nach Lizenzstrategien	188
d) Gewerbliche Anwendbarkeit (<i>Utility</i>)	188
e) Einrede der Versuchs- und Forschungsfreiheit	189
aa) Deutschland: Versuchs- und Forschungsprivileg in den 70er Jahren	189

bb) USA: <i>John M.J. Madye v. Duke University</i>	190
cc) Der Forschungsschutz in Europa im 21. Jahrhundert	191
(1) Patentrechtliches Versuchs- und Forschungsprivileg	191
(2) Der öffentlich-rechtliche Forschungsschutz und Patentschutz	193
f) Die eigentliche Problematik: Öffentliche Forschung und Patentschutz	194
3. Ausnahme oder problematischer Regelfall?	195
a) Einleitung	195
b) „Die großen Drei“ und ihre Schwestern	196
aa) CCR5	197
bb) BRCA1, BRCA2	197
cc) Hepatitis-C	198
dd) PCR	199
ee) WARF-Stammzellen	200
ff) HFE/Hämochromatose -Test	201
gg) Miami Children's Hospital	202
c) Bewertung	202
II. „Ambivalente“, patentimmanente Auswirkungen von Forschungspatentierung	203
1. Blockaden durch Ausübung des Ausschließungsrechts	203
a) Privat- und gemischtfinanzierte Forschungsergebnisse	204
b) Begrenzte Genom-Information	204
c) Patentrechtliche Abhängigkeit	205
aa) Einleitung	205
bb) Zu enger Patentschutz	206
cc) Zu breiter Patentschutz	207
d) Strategische Patentanmeldung	208
2. Blockaden durch Gebrauchsbeschränkungen	208
3. Blockaden durch Verwertung	209
4. Blockaden durch Verhandlungen beim Einwerben von Forschungsinstrumenten	210
5. Blockaden durch Exklusivlizenz – ein neues Problem	211
a) Einleitung: Forschungseinrichtungen als Patentinhaber	211
b) <i>Polices</i> der weiten Verbreitung	212
c) Technologietransfer	213
6. Diskussion der Primärebene	213
III. Negative (nicht patentimmanente) Auswirkungen auf die Forschung	216
1. Die <i>Merton</i> schen Verhaltensnormen	218
a) Schnelles Veröffentlichliches	218
aa) Verzögerung zwecks Patentanmeldung	219

bb) Verzögerung aufgrund arbeits- und beamtenrechtlicher Vorlagepflicht	220
cc) Verzögerung aufgrund vertraglicher Bindung	220
b) Vollständiges Veröffentlichens	221
c) Kollegialer Informations- und Materialaustausch	222
d) Wahrheit, Unabhängigkeit, Überprüfbarkeit und Seriosität	223
aa) Forschungsausrichtung	223
bb) Inhaltliche Einflussnahme	224
cc) Forschungsineln	225
dd) Interessenskonflikte und „Pfadabhängigkeit“	226
ee) Verzicht auf Namensnennung, Patentvorabretung	228
e) Qualitätsorientierung	229
aa) Belohnung für Trivialeistungen	229
bb) Anwendungsdruck für patentierte Forschung	229
f) Unabhängigkeit und Drittmittelwerbung	229
2. Gefährdung des Technologietransfers	230
a) Irrelevanz für Transfer und der Technologienutzung	231
b) Belastung des Transfers durch Vertragsklauseln	231
aa) Vorausabretung	232
bb) Royalty Stacking	232
cc) Voraab-Versprechen von Lizenzen	233
dd) Nutzungsbeschränkungen	233
ee) Ersatzgriff und Beteiligung an späteren Lizenzverhandlungen	234
c) Bewertung	234
3. Grundgesetzlich gesicherte Forschungsfreiheit, Art. 5 Abs. 3 GG	234
4. Diskussion der Sekundärebene	236
D. Die Funktionalität klassischer Forschungsnormen in der modernen Wissensgesellschaft	238
I. Anpassung und Differenz	238
II. Normative Gründe für den Erhalt von spezifischen Wissenschaftsnormen	239
1. Funktionale Neubeschreibung	239
2. Was „nicht mehr gilt“	239
3. Was „noch gilt“	240
4. Was „hinzukommt“	241
5. Zwischenergebnis	241
III. Handlungspotentiale zum Schutz der Forschung	245
1. Handlungsmöglichkeiten des States	245

a) Die Legislative	245
aa) Neuheitsschonfrist (<i>Grace Period</i>)	245
bb) Miterfinderrecht	245
cc) Bereichsspezifische Regelung: Forschung	246
dd) Beschränkung des Stoffschutzes	247
b) Die Exekutive	247
aa) Patentämter	247
bb) Ministerien der Ressorts Wirtschaft und Forschung	248
cc) Kartellamt	248
c) Die Judikative	249
aa) Patentrecht	249
bb) Vertragsrecht	250
cc) Hochschulrecht	250
2. Handlungsmöglichkeiten der Selbstverwaltung	251
a) Die Forschungseinrichtungen	251
aa) Patentanmeldung	251
bb) Patenteigentum	252
cc) <i>Lizenzpolicies</i> : Patentverwertung und Lizenznahme	253
(1) Reach Through	253
(2) Vereinfachte Standardverträge	254
(3) Lizenzvorbehalt für humanitäre und Forschungszwecke	256
(4) Fazit	256
dd) Patentpools	257
ee) Conflict of Interest-Policy	257
b) Die einzelnen Wissenschaftler	258
c) Die Förderinstitutionen (DFG etc.)	258
d) Die wissenschaftlichen Vereinigungen	259
e) Wissenschaftliche Zeitschriften	259
3. Handlungsmöglichkeiten der <i>Civil Society</i>	260
E. Zusammenfassung: Transformation der Informations-Güterordnung	260
I. Information als Schutzobjekt	260
II. <i>Public Domain</i> und Wissenschaft	261
III. Vertiefung der Abhängigkeitspyramiden	261
IV. Technologietransfer durch Kommodifizierung	262
V. Investitionsschutz	262

Kapitel 4: Geistiges Eigentumsrecht und genetische Ressourcen – Der Rechtsrahmen für den Austausch genetischer Information und traditionellen Wissens	263
A. Einführung	263
I. Geistiges Eigentum und genetische Ressourcen	263
II. Geistiges Eigentum und Nachhaltige Entwicklung (<i>Sustainable Development</i>)	265
1. Von <i>Common Heritage</i> zu <i>Common Concern</i>	265
2. Das Konundrum von Industrie-, Umwelt- und Entwicklungs- politik	266
3. Ergebnis	270
III. Transformation des traditionellen Patentschutzes	270
B. Genese der modernen Güterordnung genetischer Ressourcen und traditionellen Wissens	270
I. Genetische Ressourcen vor Zeichnung der CBD (1992)	271
II. Genetische Ressourcen <i>zwischen</i> 1992 und 2001	272
1. Leitmotiv und Entstehungsgeschichte	272
2. Bioprospektion als Modell	275
3. Kernhalte der CBD	278
a) Souveränität der Staaten (Genehmigungsvorbehalt) b) (Kollektive) Verfügungsrechte	278
c) Vorteilsausgleich	279
aa) Überblick	284
bb) Ausdifferenzierung	285
(1) Erlangter Vorteil	287
(2) Ausgleichspflicht	288
(3) Nähe von Erlangtem und Vorteil	291
4. Schwierigkeiten der Umsetzung	291
5. Zwischenergebnis: güterrechtlicher Wandel und offene Fragen	290
III. Genetische Ressourcen nach 2001	292
1. Bonner Leitlinien	294
a) Begriff und Entstehungsgeschichte	294
b) Grundzüge	294
c) Güterrechtliche Bestimmungen	295
d) Bedeutung	296
e) Ausblick	297
2. ITPGRFA	298
a) Überblick	299
b) Patentierbarkeit von Material „ <i>in the form received</i> “, Art. 12 Abs. 3 lit. d ITPGRFA	299
c) Vorteilsausgleich, Art. 13 lit. d ITPGRFA	300
d)	301

C. Geistiges Eigentumsrecht als Instrument zur Erreichung der CBD-Ziele?	305
I. Konzept	305
II. Maßnahmen der Ressourcenstaaten	307
1. Einführung	307
2. Unmittelbarer güterrechtlicher Schutz	307
a) <i>Sui generis</i> -Schutz	307
b) Patent, Urheber-, Marken-, Geheimnisschutz und Herkunftsbezeichnung	307
3. Patentverhinderung	311
a) Neuheit – Dokumentierung via Datenbanken	312
b) Gesetzliche Patentierungsverbote	312
aa) Lebendiges	314
bb) Naturstoffe/Produktpatente	314
4. Offenbarungspflichten in Bezug auf ABS-Pflichten (<i>Access & Benefit Sharing</i>)	315
5. Zwischenergebnis	316
III. Maßnahmen der Nutzerstaaten	318
1. Einleitung	319
2. Anerkennung der <i>sui generis</i> -Rechte	319
3. ABS-bezogene Offenbarungspflichten bei der Schutzrechts- anmeldung	320
4. Zwischenergebnis	321
IV. Das Verhältnis von TRIPS und CBD	322
1. Nebeneinander oder Vorrang?	322
a) CBD nicht TRIPS-konform	322
b) TRIPS nicht CBD-konform	322
c) Mutual Supporitiveness	323
d) Stellungnahme	323
2. Ausverkauf der Natur?	324
a) Argumente der zivilgesellschaftlichen CBD-Gegner	325
b) Argumente der zivilgesellschaftlichen CBD-Befürworter c) Stellungnahme	326
3. Konkordanz durch Environmental Governance	327
V. Die geographische Herkunftsangabe als Beispiel	329
1. Sinn und Zweck	330
2. Systematisierung der Ausgestaltungen	330
„24-Felder-Schema“	333
3. Der Rechtsrahmen: CBD-Pflicht und Patentrechtsgrenzen (TRIPS, RL 98/44/EG)	334
d)	335

a) CBD	335
aa) Pflicht zur Einführung der geographischen Herkunftsangabe	335
(1) Wortlaut	335
(2) Effizienzgrundsatz	336
(3) Grundsatz der <i>Shared but Differential Responsibilities</i>	336
(4) Grenze: extraterritoriale Wirkung	337
(5) Ergebnis	338
bb) Entstehen der Offenbarungspflicht	338
cc) Was bedeutet „Herkunftsland“?	339
dd) Welche Bestandteile sind zwingend?	340
ee) Dogmatischer Standort der Offenbarung	341
ff) Ergebnis	341
b) Grenzen der Ausgestaltung aus internationalem Patentrecht	341
aa) Art. 27 TRIPS	342
(1) <i>Numerus Clausus</i> der Patentvoraussetzungen?	342
(2) Diskriminierungsverbot	344
(3) Schutz der öffentlichen Ordnung	345
bb) Art. 29 TRIPS	345
cc) Art. 32 TRIPS	348
dd) Art. 62 TRIPS	348
ee) Ergebnis	348
c) Europäische Bioparent-Richtlinie 98/44/EG	348
aa) Freiwilligkeit	348
bb) Materielle Ausgestaltung	349
cc) Entstehen der Offenbarungspflicht	350
d) Verfassungsrechtliche Grundsätze	351
aa) Gesetzesvorbehalt	351
bb) Zuständigkeitsordnung	352
cc) Verbot unmöglicher Anforderungen	353
(1) Der Anmelder kennt den Ursprung nicht	353
(2) Unmöglichkeit der Kodierung	354
(3) Unmöglichkeit aufgrund Vielzahl von Quellen	354
(4) Unmöglichkeit der Beibringung einer Genech- mung	354
dd) Eigentumschutz und Vertragsfreiheit	355
ee) Zwischenergebnis	355
e) Zwischenergebnis: Konkordanz	356
4. Die einzelnen Ausgestaltungen	356
a) Freiwillige Herkunftsangabe	356

b) Strafbewehrte Herkunfts offenbarung	356
c) Durchsetzungshindernis	357
d) Erteilungshindernis	357
e) Einspruchs- und Widerrufsgrund	358
f) Nichtigkeit	358
g) Beschlagnahme	359
5. Stellungnahme	359
VI. Ergebnis: regulatives Patentrecht	361
D. Das Vertragsrecht der Bioprospktion	361
I. Die Bedeutung des Vertragsrechts	361
II. Nebeneinander von Verwaltungsverträgen und reinen Privat- verträgen	363
III. Systematisierung von Leistung und Gegenleistung	364
1. Definition der Leistung	364
2. Definition der Gegenleistung	364
3. Das Synallagma	366
a) Systematisierung	366
b) Differenzierung nach Verwertungsart: Kommerzialität	367
4. Differenz und Konvergenz von TK und genetischer Ressource	367
a) Differenzierung	367
b) Differenz	369
c) Konvergenz	370
d) Zwischenergebnis	370
5. Ergebnis	371
IV. Materielle Vertragskontrolle nach CBD-Maßstäben?	371
1. Gerichtsstand	371
2. Vertragsschluss	372
3. Vertragsinhalt	372
4. Gesetzliche Haftung	372
5. Judizielle Durchsetzung	373
V. Ergebnis Vertragsrecht	373
E. Zusammenfassung: Transformationen der Güterordnung an genetischen Ressourcen	374
I. Genetische Information als Schutzobjekt	374
II. Die <i>Public Domain</i>	374
1. Modifikation durch die CBD	374
2. Modifikation durch den ITPGRFA	375
3. Auswirkung auf das Patentrecht	376
III. Vertiefung der „Abhängigkeits-Pyramide“	376
IV. Technologietransfer	377
1. Technologietransfer von Süd nach Nord	377

2. Technologietransfer von Nord nach Süd 378

3. Technologietransfer als Patenzzweck 378

V. Patenteigentum, Markt und Regulation 379

**Kapitel 5: TRIPS und post-TRIPS: Patentschutz für den Nord-Süd-
Technologietransfer 381**

A. Einleitung 381

B. Rechtswandel in historischer Perspektive 382

I. Vom protektionistischen Patent zur Bindung an internationale
Konventionen 383

II. Vom PVÜ- zum TRIPS-Mindeststandard 385

III. Vom TRIPS-Mindeststandard zur TRIPS-Harmonisierung 392

1. Einleitung 392

2. Strukturprinzipien im Vergleich 394

a) Multilateralität statt Inländergleichbehandlung
und Reziprozität 394

b) Fairer Handel statt Erfinderrecht 394

c) Harmonisierung statt Mindeststandard 395

aa) Die expliziten Regeln des TRIPS 395

bb) Die nicht-expliziten Regeln des TRIPS 396

(1) Ausübungszwang im Inland (*Local Working*) 396

(2) Produktionsrecht vor Patentablauf
(*Early Working*) 397

(3) Neuheit 397

(4) Internationale Erschöpfung 398

d) Fazit 399

3. *The way ahead*: TRIPS-Plus vs. Doha-Prozess 399

C. Funktionswandel 401

I. Nachgreifende Institutionenbildung: Eigentum an Information 401

1. Kommodifizierung als Transfervoraussetzung 402

2. Produktionsschutz statt Produktschutz 404

3. Neues Paradigma: Technologietransfer und Investitions-
schutz 405

II. Von der nationalstaatlichen Protektion zu *International
Governance* 406

1. Das Prinzip Fairness 406

2. Verlust an nationaler Souveränität 408

3. Territorialität und Internationale Erschöpfung 410

III. Vom Erfinderschutz zur Regulation 415

1. Eigentum und regulative Ansprüche: Gefahren
und Chancen 415

2. Ökonomische Zielkonflikte 417

3. Sozialregulative Ziele 419

D. Drei Beispiele regulativen Nord-Süd-Technologietransfers 419

I. Stoffschutz: *Mailbox* und Basmati – Art. 27 Abs. 1 TRIPS 420

1. Thematische Eingrenzung 420

2. Vorgeschichte: WTO-DSU Streitbelungsverfahren
Mailbox 420

3. Basmati, Neem, Kurkuma 421

4. Neue Richtung: Geographische Herkunft
(*Appellation d'Origine Contrôlée*) 424

5. Fazit: Rechtediskurs I. 426

II. Ernährungssicherheit und *Farmers' Rights* – Art. 27
Abs. 3 lit. b TRIPS 427

1. Thematische Eingrenzung 427

2. Historische Doppelerwicklung 428

3. Die neue Rechtslage für ernährungswichtige Pflanzen-
genetische Ressourcen 432

a) *Farmers' Rights* (Art. 9 ITPGRFA) 433

b) Patentierungsbeschränkungen des Multilateralen Systems 434

c) Auswirkungen auf die Interpretation von Art. 27
Abs. 3 lit. b Satz 2 TRIPS 436

4. Fazit 436

a) Rechtediskurs II. 436

aa) Horizontale 436

bb) Vertikale 437

b) *Public Governance* 437

aa) Umsetzungsdefizit 438

bb) Demokratiedefizit 438

III. AIDS, Zwangslizenz und *Differential Pricing* –
Art. 31 lit. f TRIPS 439

1. Thematische Eingrenzung 439

2. Zwangslizenz zur Bedarfsdeckung im Drittland
(Art. 31 lit. f TRIPS) 440

3. *Differential Pricing* und internationale Erschöpfung
(Art. 6 TRIPS) 442

4. Fazit 444

a) Rechtediskurs III. 444

b) Soziale Regulation 445

E. Zusammenfassung: Transformation des internationalen
Patentschutzes 446

Kapitel 6: Theorie des Eigentums an Information	447
A. Einleitung	447
I. Semantischer oder inhaltlicher Funktionswandel	
von Patentrecht?	447
1. Bestandsaufnahme Kap. 3 bis 5	447
a) Vorverlagerung und Ausweitung	448
b) Investitionsschutz	448
c) Technologietransfer	449
2. Erklärungsansatz: Von der Industrie- zur Informations-	
gesellschaft	452
a) Moderne Informationstechnologie	452
b) Global vernetzte Fertigung	452
c) Gesellschaftliche Selbstbeschreibung	453
3. Ergebnis	454
II. Herausforderung der Theoriebildung	455
III. Gang der Untersuchung	457
B. Kommodifizierung und Freihaltebedürfnis	458
I. Das <i>Public Policy</i> -Konundrum	458
1. Ökonomie	458
2. Politik	459
3. Recht	460
4. Moral & Ethik	461
5. Fazit: Was tun?	461
II. Information als Objekt privater Zuordnung	462
1. Patentfähigkeit	462
a) Grundsatz	462
b) Information und Materialität	462
c) „Geschöpte“ (neue) Information	464
d) Isolierungstheorem	465
aa) Kodierung von Information	465
bb) Bestimmtheitsgrundsatz und Äquivalenz <i>revisited</i> :	
Das „Gen“ als Konstrukt	466
cc) Ansprüchliche Dritter	467
dd) Selbstreplikation	467
ee) Fazit zum Isolierungstheorem	468
e) Ergebnis zur Patentfähigkeit	468
2. Zuordnung der Information	468
a) Grundsatz	468
b) Wem gehört das Genom?	469
c) <i>Common Heritage</i> und <i>Common Concern</i>	470
d) Das Genom des Menschen	472

e) Die Genome der Pflanzen und Tiere	476
f) Dogmatische Herausforderung	479
g) Ergebnis	480
3. Patentwürdigkeit	480
a) Grundsatz	480
b) Information	480
c) Dogmatische Herausforderung	483
d) Fazit	484
4. Patentumfang	484
a) Erschöpfung	484
aa) Grundsatz	484
bb) Genetische Information	485
b) Absoluter Stoffschutz	486
aa) Grundsätze	486
bb) Genetische Information	487
cc) Zwischenergebnis zum Stoffschutz	487
c) Abhängigkeit und Vorteilsausgleich	488
aa) Grundsätze	488
bb) Genetische Information	488
cc) Dogmatische Herausforderung des Vorteils-	
ausgleichs	488
d) Zwischenergebnis zum Umfang	491
5. Fazit zur Informationspatentierung	491
III. Gründe der Nicht-Zuordnung von Information	492
1. Das patentrechtshinmanente Freihalte- bzw. „Zugangs“-	
bedürfnis	492
a) Verbreitung und Zugang von Wissen	492
b) Keine Überkompensation	493
c) Zu viel Patentschutz	493
d) Standortvorteil niedriger Patentschutz	494
2. Das gesellschaftliche Freihaltebedürfnis	494
3. Das regulative Freihaltebedürfnis	497
a) Grenzen der patentgestützten <i>private market governance</i>	497
b) Ethische Grenzen der Kommodifizierung	498
aa) Menschenwürde	498
bb) Zugang und Erschwinglichkeit von Gesundheits-	
versorgung	499
cc) Wissen als Gemeingut	500
dd) Agrarforschung & Ernährungssicherheit	501
ee) Kulturschutz	501
c) Fazit	502
IV. Zusammenfassung	502

1. Das Credo „Viel Patentschutz hilft viel“	502
2. Wer entscheidet?	503
3. Eckpunkte einer Theorie der (internationalen) Informationsordnung	504
C. Patentrechtstheorie	505
I. Das Patent – ein Hybrid zwischen Verwaltungsakt und Eigentum	505
1. Unterschiede zwischen Patent und Verwaltungsakt	506
2. Unterschiede zwischen Patent und Sach- bzw. Grundstückseigentum	507
3. Bedeutung der privatrechtlichen Zuordnung	511
II. Die klassischen Patenttheorien	515
1. Naturrechtstheorie	515
2. Belohnungstheorie	517
3. Anspornungstheorie	519
4. Offenbarungs- oder Vertragstheorie	520
5. Investitionstheorie	523
6. Kritik an den klassischen Theoriesätzen:	523
a) Unzutreffende Annahmen	524
b) Fixierung auf veraltete Fragen	524
c) Abkopplung von der Institutionentheorie	524
III. Moderne Theorien des Geistigen Eigentumsrechtes	525
1. Ökonomie	525
2. Sozialwissenschaft	530
3. Rechtswissenschaft	532
a) Unabhängige Entwicklungen in den Rechtsgebieten	532
b) Paradigmenwandel im Privatrecht	533
aa) Ausschließung und Austausch	533
(1) Allgemeine Privatrechtstheorie	533
(2) US-amerikanische Theorie des Geistigen Eigentums	535
(3) Europäische Patentrechtstheorie	536
bb) Privatautonomie vs. Institutionenverständnis	538
(1) Allgemeine Privatrechtstheorie	539
(2) Wettbewerbsrecht	540
(3) Urheberrecht	546
(4) Sortenrecht	547
(5) Patentrechtstheorie	547
cc) Einheitslicher vs. fragmentierter Eigentumsbegriff	549
(1) Allgemeine Privatrechtstheorie	549
(2) US-amerikanische Theorie des Geistigen Eigentums	549

(3) Europäische Patentrechtstheorie	551
dd) Zusammenfassung	551
4. Gründe der patentrechtstheoretischen Isolation	551
IV. Neukonzeption	554
1. Einstieg: Konstitutionalisierung des Patentrechts	554
a) Das Patent als inhaltsbestimmtes Eigentum	554
b) Gravitationszentrum: Kommodifizierung statt Ausschluss	555
c) Innovation, Investition und Technologietransfer	557
d) Institutionenverständnis – Zwischen Privatnützigkeit und Instrumentalisierung	558
e) Inhaltsbestimmung zwischen Bestandsschutz vs. Enteignung („Rückwirkung“)	560
f) Internationalisierung	562
2. Dogmatik eines Zwei-Säulen-Modells	563
a) Investitionsschutz	564
aa) Unterschiede der Investitionsausrichtung zur herkömmlichen Theorie	564
bb) Herausforderungen durch die Investitionsorientierung	566
cc) Bewertung	567
b) Technologietransfer	568
c) Gegenläufigkeit der Ziele	570
3. Auswirkungen der Neukonzeption	572
V. Zusammenfassung	572
D. Dogmatische Konsequenzen der theoretischen Neukonzeption	573
I. Einleitung	573
II. Außengrenzen des Patentrechts	574
1. <i>Ordre Public</i> (§2 Nr. 1 dt. PatG, Art. 53 EPÜ, Art. 27 Abs. 2 TRIPS)	574
2. Internationales Patentrecht	576
a) Diskriminierungsverbot, Art. 27 Abs. 1 TRIPS	576
b) Erschöpfungsgrundsatz	578
c) Ausländische Verwaltungsakte als Patentreoraussetzung	580
d) <i>Prior Informed Consent</i> indigener Völker	581
e) Anerkennung ausländischer Zwangslizenzen	581
3. Wettbewerbsrecht (UWG, GWB, EGV)	583
a) Aufgabe der wettbewerbsrechtlichen Immanenzlehre	583
b) Funktionalität des Säulenkonzepts	584
c) Ausschluss (Lizenzversagung) als wettbewerbswidrige „Behinderung“	586
d) Inhaltskontrolle vertikaler Lizenzverträge	586

aa) Grundsatz der Wettbewerbskontrolle	586
bb) Ausbeutung	588
(1) Rückübertragung von Verbesserungs- erfindungen	588
(2) Rückübertragung von „mit dem lizenzierten Gegenstand“ gemachten Erfindungen	588
(3) Ausbeutung durch Nutzungsbeschränkung	588
cc) Behinderung	589
(1) Nutzungsbeschränkung	589
(2) Einfache Rückgewährlizenzen	589
e) Aufgabe der kartellrechtlichen Exemption „vorwert- bewerblicher“ Forschung	590
4. Allgemeiner Missbrauchstatbestand, §§ 136, 138, 242 BGB	590
a) §§ 136, 138 BGB	590
aa) Wucher	590
bb) Ausbeutung	590
b) § 242 BGB – Vertrag zulasten Dritter	591
III. Binnenstruktur I. – Patentierungsstatbestand	591
1. Patentfähigkeit von Information	592
a) Dogmatik	592
b) Menschliche Genominformation	592
c) Pflanzliche und tierische Genominformation	595
d) Kriterium für Patentfähigkeit von Information?	595
2. Patentwürdigkeit von Information	596
a) Neuheit, Erfindungshöhe	596
b) Gewerbliche Anwendbarkeit	597
c) Isolationstheorem	598
3. Anmelder-/Miterfindermehrzahl	598
a) Patentenorganisationen	599
b) Berechtigte aus Persönlichkeitsrecht an DNA	599
c) Verfügungsberechtigte über Traditionelles Wissen	600
4. Offenbarungspflichten als Patentierungshindernisse	600
a) Funktionsbestimmung des Merkmals	600
b) Patent- und Forschungspolitik	602
c) Gesundheitspolitik und Autonomieschutz	602
d) Internationaler Ressourcenzranster	603
e) Kulturschutz	604
5. Ausschlussstatbestand: <i>Ordre Public</i>	604
a) Grundlagen	604
b) Kohärenz mit Blick auf das Nachfeld	605
c) Kohärenz mit Blick auf das Vorfeld	608
aa) Zustimmungsrechte Dritter im Allgemeinen	608

bb) Das Persönlichkeitsrecht im Besonderen	610
cc) Internationale Kompatibilisierung	610
d) Technologiepolitik durch Patentrecht	611
e) Ergebnis	612
6. Wer entscheidet?	613
IV. Binnenstruktur II. – Patentumfang	613
1. Der Anspruch	613
a) <i>Prosecution Estoppel</i>	613
b) Umgedrehte Äquivalenzlehre	615
c) Äquivalenz bei der Ausnutzung biologischer Naturkräfte	616
d) Inhaltsbestimmung der Rechte aus dem Patent (Exklusivlizenzierung)	618
e) Fazit	618
2. Erschöpfung	618
3. Sachschutz und Stoffschutz	619
a) Gesetzgeberisches Anliegen	619
b) Die Bandbreite potentieller Konstruktionen	620
aa) Funktion als Bestandteil der „gewerblichen Anwend- barkeit“	621
bb) Zweckbezogener Stoffschutz	622
cc) <i>K.H. Meyer-Dulbeuer</i> und <i>M. Nieder</i>	623
dd) <i>A. Schrell</i>	624
ee) <i>J. Straus</i>	625
ff) Bewertung	628
g) Eigenes Vorschlag	631
aa) Der Funktionsbegriff	631
bb) Der Informationsbegriff	633
(1) Theorie in Reinform	633
(2) Konsequenz für die Auslegung der Richtlinie 98/44/EG	635
(3) Die Praxis	635
cc) Lösungsansätze	636
(1) Strukturfragen	636
(2) Zweckbindung für Gempatente als gesetz- geberische Lösung?	636
(3) Problemspezifischer Instrumenten-Mix	637
4. Einwendungen	639
a) Missbrauch des Ausschließungsrechts	639
b) Missbräuchliche Lizenzvertragsklauseln	640
aa) Dogmatik	640
bb) Missbräuchliche Klauseln	641
cc) Widersprüchliches Verhalten	641

c) Vertragsnichtigkeit aus § 138 BGB	642
d) Privilegien <i>de lege ferenda</i> für Institutionen des öffentlichen Gesundheitswesens	642
e) <i>Moral use exemption</i> – <i>erga omnes</i>	643
5. Staatliche Intervention <i>ex post</i>	643
a) Kartellrechtliche Beschränkung	644
b) Zwangslizenz	644
c) Wirkungsbeschränkung nach § 13 dt. PatG, <i>crowm use</i>	645
d) Ergebnis	646
6. Einreden und Gegenrechte	646
a) Dogmatische Bedeutung	646
b) Forscherrechte	646
aa) Forscherprivileg aus Art. 5 Abs. 3 GG?	646
bb) Forscherrecht aus öffentlichem Regelwerk (BMBF, BMWi-Förderlinien)	647
cc) Forscherresidualrecht der unentgeltlichen Lizenzierung	647
dd) Kollektives <i>Genetic Open Source</i> -Gegenrecht	647
c) Gesetzliche Lizenzschemata	648
aa) Wertungsgesellschaften	648
bb) Begrenzung der ausschließlichen Auslizenzierung bei Genbanken	649
cc) Individueller Anspruch auf Nutzung ohne Gegenleistung	649
dd) Individueller Anspruch auf Nutzung gegen Entschädigung (Forschungsinstrumente)	649
d) Persönlichkeitsrecht	650
aa) Recht auf Weitergabe des eigenen, unveränderten Körpermaterials	650
bb) Recht auf Weitergabe des eigenen, veränderten Körpermaterials	650
cc) Anspruch auf unentgeltliche Nutzung des patentgeschützten Produkts, das auf eigenem Körpermaterial basiert?	651
dd) Anspruch auf Vorteilsausgleich der Person, auf deren genomischer Information das Patent basiert	651
ee) Anspruch auf Vorteilsausgleich des Kollektivs, auf deren genomischer Information das Patent basiert	652
(1) Die Teilnehmer einer Medizinalstudie?	652
(2) Ein Menschenkollektiv, das dieses Merkmal eintrifft?	652
ff) Ratio	653

e) Gegenrechte der Verfügungsberechtigten pflanzlicher und tierischer Genominformation	653
f) Landwirtegegenrechte	653
7. Private autonome Regelung der Zugangsverschaffung (Parent Pool, Clearinghouse)	654
8. Lizenzpublizität	654
V. Zusammenfassung: Dogmatik	654
Kapitel 7. Ergebnisse	655
I. Die Vogelperspektive – <i>The View from the Cathedral</i>	655
II. Patentrechtstheorie	657
III. Ausgewählte Einzelergebnisse aus den Bereichsanalysen	658
1. Forschung	658
2. Umwelt	659
3. Internationales Wirtschaftsrecht	660
Literaturverzeichnis	661
Sichwortverzeichnis	713